



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Politische Stichwörter.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

worden war, dem Professor Ursulus in Trier, noch nachträglich sechs Louisd'or; in einer genauen Gehaltsspecification des nachmaligen Kaisers Claudius des Zweiten (268 n. Chr.) als Legionsobersten figuriren auch unter dem Titel „Neujahrsgeschenk“ 47 ganze und 160 Drittellouisd'or (damals Philippd'or genannt) und zwar mit des regierenden Kaisers Bildnisse, und noch ein Gesetz des Oströmers Anastasius verspricht die Neujahrsgratification den Sachwaltern als Belohnung und „Trost.“

Der Neujahrstag endete in Rom mit einem Schmause, den die Consuln zur Feier ihres Amtesantritts den Behörden und Senatoren auf dem Capitele gaben. Dabei ging es hoch her und Plinius hat uns sogar die Namen der Weinsorten aufbewahrt, die Cäsar seinen Gästen bei dieser Gelegenheit vorgesetzt hat, nämlich Falerner (aus Campanien), Chier, Lesbier, Mamertiner (Sicilien). Unter den spätern Kaisern scheint dieses Mahl auf kaiserliche Kosten gegeben worden zu sein. Die prächtigen Spiele, welche die Consuln zu veranstalten verpflichtet waren, begannen erst am dritten Januar, wo auch feierliche Gebete und Gelübde für des Kaisers Wohl stattfanden, und dauerten oft bis in den Februar hinein.

Die alte christliche Kirche, die sonst so gern den heidnischen Festzeiten eine neue religiöse Weihe gab, eiferte heftig gegen die Geschenke, Länze und Mahlzeiten am Neujahrstage, zumal da sie den Anfang des Kirchenjahres weiter zurück verlegt hatte. - Dennoch hat sich der Gebrauch der Strenae bekanntlich bis heute in Paris erhalten (étrennes) und auch in Italien werden dieselben noch unter dem Namen Befana (aus Epiphania's korrumpirt) am Dreikönigsfeste den Kindern gegeben, die im Glauben, an eine Santa Befana am Abende zuvor ihre Kleider in die Hausflur hängen, um sich von ihr die Taschen füllen zu lassen. Die Saturnalien dagegen sind wegen des Geburtstages Christi weiter hinausgerückt worden und finden im heutigen Carneval einen Nachklang.

H. G.

## Politische Stichwörter.

Von der preussischen Grenze.

Es schien vor einiger Zeit, als ob die alten Declamationen der „Demokraten“ gegen die „Mißliberalen“ oder „Constitutionellen“ und umgekehrt, angefehcht der ver-

änderten Zeitumstände aufgegeben oder wenigstens vertagt werden sollten; als ob alle Nuancen der liberalen Partei sich gegen die Reaction sowol als gegen die Schlawheit zu einmüthigem Kampf zusammenfanden. Zufällige Aeußerungen — des Grafen Schwerin gegen Schulze-Delitsch, des Herrn v. Beckerath gegen Waldeck — haben die alten Reminiscenzen wieder hervorgerufen. Es scheint uns das höchst unzuweckmäßig, und wir möchten gern dazu beitragen, durch eine unbefangene Kritik der politischen Stichwörter diesem unnützen Wortgefecht vorzubeugen.

Nicht als ob wir den Kampf überhaupt scheuten. Es ist möglich, daß auch in Bezug auf die obwaltenden Umstände die liberale Partei einmal wieder auseinander geht, es ist möglich, daß die Personen sich wieder ähnlich gruppiren wie vor zehn oder zwölf Jahren. Das wird aber abzuwarten sein: vorläufig findet eine solche Trennung nicht statt, und für den Augenblick sind jene Reminiscenzen nichts als Chimären.

Chimären, Gespenster, Phantasmagorien sind ungeachtet ihrer Lustigkeit nicht unschädlich. Für den, der fest auf sie hinsieht, verschwinden sie freilich; aber die Menge ist oft zu träge oder zu furchtsam, die Augen aufzumachen.

Politische Stichwörter geben dem Gedächtniß einen leichten Anhalt, sie sind also für die Menge bequem; außerdem dienen sie dem Volkswiß, sich als mythenbildende Substanz zu entfalten und Typen zu schaffen, die den unbefangenen Blick in die Wirklichkeit verwirren. Die Menge — die als solche keiner Partei angehört, sondern als Publicum mit den Gegensätzen spielen will — schöpft ihre Vorstellungen aus den Mythen des Volkswißes. Für die Menge sind die Begriffe „Demokrat“ und „Ultraliberal“ durch die fliegenden Blätter symbolisirt: Wühlhuber, Heulmayer. Jeder Demokrat ist ein Wühlhuber, jeder Ultraliberal ein Heulmayer. Dort ein Strolch mit großer Brille, ungeheuern Bart, altdeutschem Rock, Kanonenstiefeln, ungeladene Pistolen im Gürtel; hier ein bekümmertes Männchen mit langer Nase, Nachtmütze, Pantoffeln u. s. w. — Man geht mit seinem Nächsten friedfertig um, findet ihn als Person ganz liebenswürdig, in seinen Ansichten voll Verstand: sobald man aber erfährt, er ist Demokrat oder Ultraliberal, so drängt sich das Bild aus den fliegenden Blättern zwischen die Augen und die Realität; der wirkliche Mensch verwandelt sich in ein Symbol, eine Chimäre, und die natürlichen Beziehungen hören auf.

Freilich ist die Vergangenheit sehr wichtig, den Charakter und Verstand eines Mannes aufzudecken dem man sein Vertrauen für die Zukunft schenken soll. Bevor ich einem Candidaten meine Stimme gebe, werde ich zuerst zu erfahren suchen, wie er sich früher in kritischen Zeiten benommen hat. Aber das muß individuell geschehen; ich muß mir erst die Typen Wühlhuber und Heulmayer aus dem Kopf schlagen, wenn ich den menschlichen, den bleibenden Kern des Charakters prüfen und mir ein Urtheil über das bilden will, was ich von ihm zu erwarten habe.

Die Spaltung der beiden Parteien im Großen und Ganzen — von der localen Gruppierung, die sehr viel dazu beigetragen hat, das Urtheil zu verwirren, reden wir hier nicht — fand theils in Frankfurt, theils in Berlin statt; an beiden Orten aus sehr verschiedenen Gründen.

In Berlin bestimmte der Gewaltschritt des Ministeriums Manteuffel gegen die Nationalversammlung diejenige Partei, die fortan die demokratische genannt wurde, an dem Rechtsboden der Nationalversammlung festzuhalten, die octroyirte Ver-

fassung nicht gelten zu lassen, und, als ein neues Wahlgesetz octroyirt wurde, sich von den parlamentarischen Wahlen überhaupt auszuschließen. Der andere Theil der liberalen Partei dagegen fand es unter den obwaltenden Umständen zweckmäßig, den Rechtsboden fallen zu lassen und sich auf den Boden der Regierung zu stellen, um auf demselben für das wirkliche Zustandekommen einer Verfassung zu wirken.

Das war damals ein sehr wichtiger Gegensatz; wer aber von den beiden Parteien unter den damaligen Umständen recht hatte, dieser Untersuchung können wir uns heute völlig überheben, da der Gegensatz nicht mehr besteht. Die „Demokraten“ haben ihren Rechtsboden aufgegeben, sie haben nach dem octroyirten Wahlgesetz gewählt; und wenn sie etwa zu dem alten zurückzukehren gedenken, so wollen sie das auf gesetzlichem Boden, d. h. auf dem Boden der jetzt zu Recht bestehenden Verfassung. Für das gegenwärtige Wahlgesetz schwärmt wol niemand in Preußen; eine Reform desselben wird von beiden Seiten gewünscht werden, wenn auch für den Augenblick ungleich wichtigere Dinge in Frage kommen.

In Frankfurt handelte es sich um einen ganz andern Gegensatz. Die Linke wollte die preussische Monarchie durch die allgemeine Demokratie desorganisiren; das Centrum wollte den organisirten preussischen Staat an die Spitze von Deutschland stellen. Das war für alle Denkenden der Punkt, auf den alles ankam, gegen den alle übrigen Fragen von secundärer Wichtigkeit waren. In Frankfurt handelte es sich darum, Preußen mit seinem gesammten Lebensinhalt gegen seine Feinde zu vertheidigen, selbst wenn man mitunter eine schlechte Regierung, die doch einmal das einzige Organ des Staats war, zu vertheidigen hatte. Die Aufgabe des Liberalismus in Frankfurt war eine ganz andere als in Berlin; leider war zwischen beiden Orten wenig Zusammenhang, und als die Aufgabe hier wie dort gescheitert war, mußten die Typen der fliegenden Blätter den Mangel an wirklichen Begriffen ersetzen.

Auch dieser Gegensatz hat aufgehört. Derjenige Theil der Demokratie, welcher sich im Nationalverein zusammengeschlossen hat, steht mit uns wesentlich auf gleichem Boden. Zwar ist der Ausdruck seiner Ueberzeugungen noch nicht ganz deutlich und zusammenhängend, aber wir, als Partei, haben keinen Grund, ihm deshalb Vorwürfe zu machen, denn was in Frankfurt, Gotha, Erfurt u. s. w. beschlossen wurde, ließ an Bestimmtheit auch noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Strömung geht jetzt nicht gegen einander, sondern mit einander, und das ist die Hauptsache.

Als vor zwei Jahren die Betheiligung der Demokraten an den Wahlen eine allgemeine wurde, hatten die bisherigen Demokraten, die in der Hauptsache die Candidaten der bisherigen parlamentarischen Opposition unterstützten, die Erwartung, auch einige ihrer speciellen Freunde in den preussischen Landtag zu bringen.

Diese Erwartung war gerecht.

Zwar wäre es besser gewesen, wenn man sich von beiden Seiten hätte einigen, d. h. wenn man Candidaten hätte finden können, die den vernünftigen Ansprüchen der Gemäßigten auf beiden Seiten gleichmäßig genügten: Candidaten, ebenso rücksichtslos gegen die Reaction als gegen die Menge.

Wo das aber nicht anging, war es billig, daß ein Compromiß stattfand: daß in einem Augenblick, wo es ausschließlich darauf ankam, mit der Anarchie und Willkür aufzuräumen, die bisher unter der Firma der Reaction gewaltet, nach gemein-

samen Uebereinkommen, je nach dem Verhältniß der Wähler, von der einen wie von der andern Seite Candidaten genommen wurden.

Ein solches Compromiß war nicht nur gerechtfertigt, wo es sich um den Kampf gegen einen gemeinschaftlichen, übermächtigen Feind handelte, sondern die bisherige parlamentarische Opposition — oder wenn man will, die altliberale Partei — hatte in ihrem eignen Interesse dringend zu wünschen, daß nicht blos ihre Candidaten berücksichtigt würden.

Der Landtag soll ein möglich treues Bild des Landes geben. Das that er nicht vor zwei Jahren, das thut er noch heute nicht. Die bisherige parlamentarische Opposition gehört nicht auf die Linke, sondern ins Centrum. Der eigentlichen Reaction muß ein Gegengewicht in einer wirklichen Linken gegeben werden; Gerlach muß Waldeck sich gegenüber haben. Auch heute noch sind wir den Theorien, nach welchen Waldeck den preussischen Staat reformiren wollte, entschieden abhold, (beiläufig, ein sogenannter „Demokrat“, Herr von Unruh, hat sich nach den Staatsstreichen ebenso ausgedrückt); aber wir wünschen, daß er in die Kammer kommt, ebenso wie wir es von Herrn v. Gerlach wünschen. Denn es ist gut, daß eine wirklich vorhandene Volksstimmung die möglichst angemessenen und würdigen Vertreter sendet; ohne allseitigen Kampf versumpft das politische Leben.

Viel wichtiger aber ist ein zweiter Punkt. Die altliberale Partei bedarf nicht blos einer Folie, einer wirklichen Linken, um an den Platz zu rücken, wohin sie gehört, ins Centrum; sondern sie bedarf sehr dringend einer innern Ergänzung. — Die Demokraten haben durch ihre sechsjährige Unthätigkeit den Nachtheil, die Uebung der parlamentarischen Praxis verloren zu haben; sie waren außerdem mehr oder minder in Gefahr, die Zustände von der schlimmsten Seite aufzufassen, und da sie von dem gesetzlichen Kampf keine Wirkung sahen, auf ein unerwartetes Ereigniß zu harren, das wie ein Deus ex machina das freiheitsdurstige Deutschland befriedigen sollte. — Die Gefahr war groß und manche sind ihr erlegen. — Aber auch die Stellung der bisherigen parlamentarischen Opposition war nicht ohne Gefahr. Sie hatte das gerechte Gefühl, in der Zeit der Reaction an dem einzigen Platz, wo freies Wort vergönnt war, ihre Pflicht gethan, d. h. geredet zu haben; sie empfand diese Pflichterfüllung mit einem gewissen Behagen, und es hatte sich ihrer eine Gemüthlichkeit bemächtigt, die in der Politik bald dahin führt, die Charaktere zu verbrauchen. Sie war theilweise in den fruchtlosen Debatten wirklich alt geworden.

Alles hoffte auf die neue Regentschaft. Es geschah mehr als man erwartete. Nicht nur wurde der bisherige Druck, der auf dem Lande gelastet, so gut es in der Eile ging, abgestellt, sondern die Regierung wurde wenigstens theilweise den Führern der bisherigen Opposition in die Hand gegeben. Den Vorgang des englischen Parlaments vor Augen, setzte sich die Opposition als nunmehrige „ministerielle Partei“ auf die rechte Seite.

Schon damals schien uns diese Nachahmung der Briten bedenklich. Zwischen der preussischen und der englischen Verfassung ist doch noch ein sehr großer Unterschied. Wenn in England ein Ministerium gestürzt wird, fallen mit ihm zugleich eine Reihe anderer Staatsbeamten; die siegreiche Partei nimmt die ledigen Posten ein. — Das war bei uns schon darum nicht zu erwarten, weil die Opposition im Ganzen mehr parlamentarisch, als geschäftlich geschult war; mehr im Reden als im Amt.

Die preußische Bureaucratie war seit zehn Jahren freilich auf eine sehr bedeutliche Weise in das Parteitreiben hineingezogen; aber sie war doch nicht durch und durch der alten Lebensatmosphäre Preußens entfremdet; nicht durch und durch von der Seuche der Kreuzzeitungspartei angesteckt. Wäre es möglich gewesen, thätige Beamte zu finden, welche sich von dem bisherigen Unwesen rein gehalten, und entschlossen waren, im Geiste der „neuen Aera“ zu wirken, so wäre die nächste Aufgabe derselben, nämlich aufzuräumen, vielleicht schneller durchgeführt worden.

Denn die neuen Minister — soweit sie nicht, wie z. B. Herrn von Patow, aus dem Beamtenkreise hervorgingen — waren in einer sehr mißlichen Lage. — Einmal empfanden sie es als einen sehr großen Entschluß des Prinzen, sie zu berufen; ihr Bartsgefühl sagte ihnen, daß sie diesen Entschluß so wenig als möglich trüben dürften; der Prinz durfte ja nicht auf den Argwohn gerathen, es solle ein neuer Umsturz erfolgen; ihre Feinde und Neider sollten beschämt werden, wenn sie ihnen revolutionäre Absichten zutrauten. — Dazu kam der Mangel an geschäftlicher Uebung. So entschieden im Parlament der Redner die alte Bureaucratie angreift, im Geschäft imponirt sie ihm doch: sie hat die Routine für sich, sie weiß jeden starken Entschluß durch eine Masse von Paragraphen abzdämpfen; es ist schwer, mit diesen alten Beamten zu regieren, aber auch schwer, sie zu entbehren, denn sie wissen über alles Auskunft zu geben.

Es fällt uns nicht ein, diese Haltung als nothwendig zu bezeichnen, aber sie war zu befürchten, wenn man die Persönlichkeiten kannte, und kurz — es ist wirklich so gekommen.

Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß es so nicht weiter fortgeht. — Es steht eine europäische Krisis bevor, in der Preußen, wenn es nicht fallen soll, von festen Händen geleitet werden muß. Das Ministerium hat die Initiative nicht zu ergreifen gewußt, der Landtag muß sie jetzt ergreifen im Interesse des Staats, im Interesse der Krone.

„Aber man stellt damit den Fortbestand der jetzigen „liberalen“ Regierung in Frage.“ — So sagt man seit zwei Jahren. — „Wenn der Landtag dem Ministerium sein Vertrauen entzieht, so dankt es ab, und die feudale Partei ergreift wieder das Ruder.“

Wir glauben es nicht. Was die feudale Partei in zehn Jahren geleistet hat, und was sie zu leisten fähig ist, weiß alle Welt; vielleicht niemand besser als das Oberhaupt des Staats. — Wenn einer oder der andere unter den gegenwärtigen Ministern durch zu lebhaftes „Drängen“ des Landtags sein Bartsgefühl verletzt glaubt, so wird sich ein anderer finden, der aus härterem Stoff gemacht ist. Und ein härterer Stoff ist zu wünschen.

Aber auch wenn es möglich wäre! — Es gibt ein ernsteres, heiligeres Gut, das wir alle, jeder Bürger gleichmäßig, nach Kräften zu bewahren verpflichtet sind, ein heiligeres Gut als die augenblickliche Behaglichkeit der Zustände: es ist das sittliche Bewußtsein des Volks. — Lassen wir es noch länger in dumpfer Erwartung erlahmen, so ist Gefahr vorhanden, daß seine Kräfte mehr und mehr absterben: und mit ihnen die Hoffnung unserer Zukunft, die Hoffnung und der Glaube Deutschlands. — Noch nie hat ein Volk sich aus ungesunden Zuständen erhoben, ohne eine peinliche, mitunter unschöne Anstrengung; je ernster und energischer wir uns dazu

entschließen, desto schneller wird mit der Kraft des Landes auch der Glanz der Krone hergestellt, der unser Stolz ist, der Glanz der Krone Friedrich des Großen.

† †

### Historische Schriften.

Souvenir de vingt ans de séjour à Berlin, par Dieudonné Thiébault avec avant-propos et notes, par M. F. Barrière, 2 vol., Paris, Firmin Didot. — Die beiden Bände bilden einen Theil der schätzbaren Bibliothéque des Memoirs pendant le 18. siècle, die von Barrière herausgegeben wird. — Thiébault trat 1765 in den Dienst Friedrich des Großen, und hatte Gelegenheit, die Freunde und Umgebungen desselben sehr genau kennen zu lernen; seine Schilderungen verrathen den verständigen Mann und machen im Ganzen den Eindruck der Wahrheit. Freilich wird von den zahlreichen Klatschgeschichten manches eben nur soviel Werth haben, als man überhaupt auf das legen kann, was bei Hofe gesprochen und gelästert wird. Der König kommt beiläufig auch von der Seite seines Gemüths besser weg, als die gewöhnlichen Berichte angeben: es werden Proben mitgetheilt, die nicht blos eine lebhaftere sondern sogar tiefe Empfindung verrathen würden. Die Anlage dazu war jedenfalls in ihm; viel hat wol die schreckliche Jugendzeit, die er durchlebte, erstickt und vergiftet. —

Papstthum und Nationalkirche. Eine kirchenrechtliche Studie von Prof. Münzinger. — Bern, Delp. — Auch in dieser kleinen Schrift wird Wessenbergs mit gerechter Anerkennung gedacht. — Die Studie ist einem größern Leserkreise zu empfehlen, denn die ultramontane Partei ist unermüdlich geschäftig, eine Thatsache die für den Kenner der Geschichte freilich nichts neues enthält, die Thatsache nämlich, daß päpstliche Allgewalt und Katholicismus keineswegs zusammenfallen, immer von neuem zu vertuschen und den Menschen aus dem Gedächtniß zu bringen. Die Anerkennung dieser Thatsache schließt aber eine der wichtigsten und schwersten Fragen unserer Zukunft ein: was soll aus der katholischen Kirche werden, wenn der Papst aufhört, weltlicher Souverän zu sein? Im Lauf der Zeit kann es leicht dahin kommen, und uns Deutschen kann es keineswegs gleichgiltig sein, wenn das geistliche Oberhaupt einer bei uns legitimirten Kirche einem fremden Staatsverband angehört. Der Uebertritt zum Protestantismus in großer Masse ist nicht zu erwarten, da Culturformen und Sitten eine schwer zu übersteigende Scheidewand gezogen haben: um so wichtiger ist es, unsere deutschen Katholiken an den Gedanken zu gewöhnen, daß sie einmal eine deutsche Nationalkirche zu bilden haben, die durch ihre eigne Schwere besteht und nicht den Schwerpunkt jenseit der Berge sucht. Friede mit der katholischen Kirche, unablässigen Kampf gegen den Ultramontanismus! das ist eins der ersten Lösungsworte unserer Zukunft.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig — Druck von C. E. Gilbert in Leipzig.